

Wolke-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten, Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die Halle-Zeitung erscheint wöchentlich zweimal und zwar als Halbblatt. Die Bezugsgebühr beträgt in Stadt und Land jährlich drei Mark bei freier Zustellung monatlich 25 Pf. in den Ausgabestellen abgeholt 27,5 monatlich. Die abgehobene Bezugspreisliste folgt im Ortsvertrieb Nr. 100, im auswärtigen Vertrieb Nr. 130. Retikolen die Halbesche-Zeitung Nr. 100 im Ortsvertrieb und Nr. 130 im auswärtigen Vertrieb. Bezugspreis: Vier Mark halbjährlich.

Abdruck-Verträge: Halle a. S., Neue Promenade 1a und Große Poststraße 17. Fernsprecher-Bürozentrale: Gammelsdorf. Druckerei: Halle a. S., Postfach-Karte: Leipzig 92515. Verlagsanstalt und Druckerei: Halle a. S., Große Poststraße 17. Druck-Verträge: Halle a. S., Postfach-Karte: Leipzig 92515. Verlagsanstalt und Druckerei: Halle a. S., Große Poststraße 17.

Schiedsverträge zwischen den Völkern.

Kathenau stellt sich dem Reichstage vor. — Beschlüsse über das Reichsmietengesetz.

Reichstag. 171. Sitzung.
Berlin, 16. Februar.
In der heutigen Sitzung des Reichstages fand die erste Beratung eines Gesetzesentwurfes über die deutsch-schweizerischen Schiedsgerichts- und Berichtsverträge auf der Tagesordnung.
Minister des Inneren Dr. Rathenau a. benutzt die Gelegenheit, sich dem Hause vorzustellen, bedauert aber, sich noch nicht ausführlich über sein Programm äußern zu können. Dafür sei der Zeitpunkt noch nicht gekommen. Der Entwurf scheine ein gutes Omen für die deutsche Zukunft zu sein. Er hoffe, daß der Gedanke der Schaffung solcher Verträge dem Reichstag des Reiches finden werde und daß sich weitere Schiedsgerichtsverträge anschließen werden. (Beifall.) Solange noch nicht eine Schiedsinstanz vorhanden ist, bei der jedes Land sein Recht findet, werde es Aufgabe des Schiedsvertrages sein müssen, die Rechtsordnung der Welt zu sichern. Das Recht sei die Vorbedingung jeder Arbeit und jeglichen europäischen Wiederaufbaues. Er empfehle den Vertrag als ein Instrument, das in eine friedliche Zukunft weise. Diese Verträge eröffneten eine neue Ära des internationalen Zusammenhanges.

Ministerialdirektor Dr. Ritter, der Reichstag sei zwar nicht der Zustimmung, daß die Vorlage grundsätzlich der Verfassung widerspreche, beweiße aber die gefestigte Meinung des Reiches auf diesem Gebiete. Die Reichsregierung konnte sich diesem Gedanken nicht anschließen.
Damit schließt die Beratung, und es kommt zur Abstimmung über die einzelnen Paragraphen, die zunächst im Wege des Dammelsprunges vorgenommen werden. Zu § 2 wird ein Antrag Bismarcks angenommen, der auf den Wünschen der Koalitionsparteien entwirft, er verlangt, daß eine Erhöhung der Mieten nicht gerichtlich, sondern durch die Parteien selbst zu bewerkstelligen sei. (Beifall.) Zu § 3 (über die Zuschläge zur Grundmiete) wird eine Änderung angenommen, daß nicht die Kosten die Zuschläge beanspruchen sollen, sondern die Steigerung der Kosten. Zu § 7 (Ankündigungsarbeiten) wird ein Kompromißentwurf angenommen, dem zufolge für Inkundierungsarbeiten nicht an eine gemeinsame Kasse zu erweitern, sondern für jedes Haus ein besonderer Fonds zu errichten. Einseitig mit ein neuer Paragraph 8, der vorsieht, daß die Gemeindebehörden berechtigt sein sollen, im Falle der Weigerung des Hausbesizers, die Inkundierungsarbeiten selbst vorzunehmen. Im Anschluß wird gefordert, daß die Reichsregierung bis zum 1. April 1926 einen Gesetzentwurf über Änderung oder Aufhebung des Reichsmietengesetzes vorzulegen habe. Damit ist die zweite Lesung beendet.

Stobelew-Poincaré.

Seit einigen Wochen arbeitet in Paris der frühere Menschewik Stobelew als Sowjetvertreter an einer französisch-russischen Verständigung. Die Frucht dieser Tätigkeit, die sich des Scheitern der Konferenz von Cannes und den Imperialismus des neuen Poincaré'schen Kurses geschickt immer machte, ist ein sogenannter Vorvertrag, über den jetzt täglich aufsehenerregende Meldungen in alle Welt hinausgeschickt werden. Was ist daran und wessen hat sich Deutschland von dem Wiedererleben eines herzlichen Einvernehmens zwischen Frankreich und Rußland zu versehen?
Wenn der Vorvertrag einfach nur darin bestände, daß Frankreich die Sowjetregierung und Rußland die zaristischen Schulden von 20 Milliarden Goldfranken anerkennt, so wäre nichts dabei und die politisch-parlamentarische Welt der deutschen Republik — wenigstens große Teile davon — könnte sich vielleicht wider ihrer Lieblingsbeschäftigung, dem Koalitionssturz und Kriechen widmen. So aber liegt in Wahrheit ein neuer Schlag gegen Deutschland vor, und wir haben allen Grund, uns mit dem Stobelew-Poincaré'schen Plänen und ihrer verhängnisvollen Wirkung auf unsere Lage zu beschäftigen.

Es ist natürlich übertrieben, zu sagen, die französisch-russische Verständigung gehe darauf hinaus, daß Rußland vor der Konferenz von Genoa in den Versailles Vertrag eintritt und damit die französische Polanz verliere. Zu solcher Eigenmächtigkeit ist Frankreich nicht befähigt, und wenn es sich auch den Vorvertrag mit der kommunistischen Tückenregierung zum Schaden Englands geleistet hat, so müßte doch der niegelübte und vor Frankreichs Raunen immer wieder kein begehende Lord George eine solche neue Ohrtigkeit nicht einleiten. Leider aber gibt es im Versailles Vertrag einen Artikel 118. Dessen letzter Absatz lautet:

„Die alliierten und assoziierten Mächte behalten Rußland (soll heißen, für Rußland, im Interesse Rußlands) ausdrücklich das Recht vor, von Deutschland alle Entschädigungen und Wiedergutmachungen zu verlangen, die auf den Grundrissen des gegenwärtigen Vertrages beruhen.“

Mit dieser Bestimmung hat sich Deutschland, als es den Wahstimmensvertrag unterschrieb, auch Rußland gegenüber die Hände gebunden. Jede russische Regierung kann plötzlich eine Mißhandlungsberechtigung bisher ganz unbekannter Wiedergutmachungsansprüche vorlegen. Die Verträge von Brest-Litowsk sind ja auch nach ebendiesem Versailles Artikel 118 unzulässig! Das von Hindenburg in die Kasse gebauene Rußlandrecht rückt in die Reihe der Sieger- und Gläubigerkassen ein. Wegen dieser Wendung könnte die deutsche Diplomatie nichts einwenden. Nicht der kleinste Papierstreit wäre möglich.

Wir müssen es der Londoner Regierung überlassen, die französische Entschädigungspolitik, die sich durchaus nicht nur auf Deutschland bezieht, sondern auch auf eine ganze Reihe von anderen Ländern hinauszuwirken, Front zu machen. Bringt der französische Imperialismus schließlich noch den ganzen Osten, einschließlich des Muslimebens aus England auf, so wird die britische Politik dafür sorgen, daß die Bäume Poincaré nicht in den Himmel wachsen.

Wichtig sind die Unterhändler am Quai d'Orsay in Paris mit Herrn Stobelew schon zu weit gegangen und haben Abmachungen getroffen, die sich sogar mit dem alliierten „Völkerrecht“ des Versailles Vertrages nicht in Einklang bringen lassen. Es heißt nämlich, Frankreich habe den Russen Sachlieferungen von 800 Millionen Goldfranken aus Deutschland versprochen. Und weiter heißt es, Frankreich sichere sich mit seiner alten zaristischen 20 Milliardenforderung ein Prioritätsrecht auf alle von Rußland zu vergebenden Konzeptionen. Beides ist unmöglich und ausgeschlossen! Im Augenblick, da England den wirtschaftlichen Untergang des Abendlandes infolge der Versailles Reparationspolitik heraufbeschwört, steht, und sich zur Konferenz von Genoa rüftet, kann es nie und nimmermehr dulden, daß man den Dicks auf den Kellion türmt, daß zu den Forderungen der Alliierten eine neue, russische Rechnung kommt.

Allen schon die ernstliche Androhung solcher Abzügen würde der letzten deutschen Kraft den Garau machen und unsere Währung in den Abgrund stoßen, in dem der russische Rubel und die österreichische Krone liegen. Während die französische Spekulation auf alle russischen Konzeptionen wäre ungeschwerlich und herausfordernd, daß sofort England und die Vereinigten Staaten auf den Plan treten würden, um den tollgewordenen Weltmachtsbetrieb ihres französischen Verbündeten in seine Schranken zu verweisen.
Angenehm wäret man in Moskau schon mit gedächter Feder auf den Stobelew'schen Entwurf, um ihn zu unter-

Deutsches Reich.

Der Beginn einer parlamentarischen Wirtschaft. Bei der Beratung des Etats des Reichsfinanzministeriums im Hauptsaal des Reichstages sind eine Anzahl Stellen nur bis zum 31. Dezember 1922 genehmigt worden. Damit und durch die Streichung einer Anzahl von Beamtenstellen hat man begonnen, die Reichsverwaltung energisch zum Abbau der Beamtenstellen zu zwingen. Der Ausschuß wird dies Verfahren bei verschiedenen Ministerien, namentlich bei solchen, die auf Abbau eingestellt sind, fortführen. Das ist eine leuchtende Absicht. Nach den Haushaltsplänen beträgt die Personenzahl der Ministerien in Preußen 2513, im Reich 6486, wovon ein Fünftel etwa auf das Auswärtige Amt entfällt.

Der Wettbewerb durch die Straßensanften. Die Regierung und das Polizeipräsidium in Cassel haben der dortigen Bauhinderung mitgeteilt, daß die Straßensanften in Zukunft sämtliche Buchbinderarbeiten ausführen solle. Da das Buchbinder-gewerbe infolge der enormen Verteuerung des Materials mit einem großen Rückgang der Beschäftigung zu rechnen hat, ist das Vorgehen der Behörden unverständlich. Dem demokratischen Abg. Anstett hat die Angelegenheit zum Gegenstand einer kleinen Anfrage an Reichstage gemacht.

Dem verfallenen Landwirtschaftsamt der Preussischen Landtage gehören von Demokraten an: Oberlandesgerichtsrat Dr. Köppler-Wilshoff und der Landwirt und Gutsbesitzer Weßermann.

Abg. Kahl (Dr.) ist der Meinung, daß der Vertrag dazu bestimmt sei, die internationalen Beziehungen in freundliche Bahnen zu leiten. Auch wir wollen Streitigkeiten durch Verträge beilegen, können aber nicht glauben, daß das Ziel erreicht wird. Das sind Funktionen der Pazifisten, die gegenüber den Verantwortlichen der weltanschaulichen Entscheidungen in nichts zerfallen. Das ist schon in Oberhiesigen geishen mit tausend Reichs-verträchen. Leben Sie Ihren Einfluß auf Völkerverständigung auf jene aus, an deren Spitze Sie stehen. (Leb. Beifall rechts, Mitten links.)
Abg. Schreiber (Str.) Auch wir betrachten diesen Vertrag als einen außerordentlichen Gewinn. In dem Gebiete der Völkerverständigung liegt etwas Großes und Ehrliches. Würde er zum Segen für die Menschheit werden.
Abg. Dr. Breitscheid (U. S.) stimmt dem Vertrage zu, will dabei aber nicht übersehen, daß solche Verträge unter Umständen doch nur Nebenartikel sind.
Abg. Dr. Frölich (Komm.) hält den Vertrag für eine Garantie auf die gesamte romantische Friedensidee, darauf beruht, den Völkern vorzuführen, daß wir eine Regierung hätten, die den Weltfrieden wirklich wollte.
Der Vertrag wird dann in allen drei Lesungen einstimmig angenommen. Nach Annahme des Vertrages zwischen Deutschland und Österreich in Ansehung des Krieges, der Krieges-friedensvertrag wird die Beratung des Reichsmietengesetzes fort-

Reichswirtschaftsrat.

Der Gesetzentwurf über Mietrecht und Miet-ein-gangssteuer wird angehängt schwerer im Laufe der Debatte gedauert Beiseiten im Sammelprung mit 107 gegen 96 Stimmen an den Ausschuß für Siedlungsweien zurück-zuerufen.

Eine Entschließung des finanzpolitischen Ausschusses, die sich gegen die Einschränkung der Berliner Börsentage wendet und eine Befreiung des Amtes in Rheinländern bei den Wahlen nur dann zulassen will, wenn auch Kleinrenten im vollen Umfang bei der Ausrüstung berücksichtigt werden, wird angenommen. Diskontierung von Kassen-geschäften wird abgelehnt.

Sodann stimmt das Plenum dem Bericht des finanzpoli-tischen Ausschusses zum Antrag Mißlaff zu, in dem eine Ver-änderung der Organisation der Steuerbehörden verlangt wird und eine Reihe von Vorschlägen zur Verbesserung und Be-schleunigung der Steuererhebung gemacht werden. Es han-delt sich dabei um eine möglichst einfache Gestaltung aller neuen Steuergeetze. Die Schaffung gemeinschaftlicher Steuer-formulare und Entlastung der Finanzämter durch Hilfskräfte. Auch soll den Gemeinden die Abrechnung aller aller Einkünften bis 50000 Mark und die Veran-lagung der Umzugs- und Gewerbesteuer zunächst übertragen werden.

Ein Antrag auf Aufhebung des Depotszwanges wird ab-gelehnt. Schließlich wird eine Entschließung des wirtschafts-politischen Ausschusses angenommen, in der die Reichsregierung ersucht wird, Maßnahmen zu treffen, durch die die Lohn-, Gehalts- und Rentenempfänger sowie die erwerbsunfähigen Kleinrentner in den Stand gesetzt werden, die Folgen der Wertpreiserhöhung zu er-tragen. — Das Haus vertritt sich darauf auf unbestimmte Zeit.

Beilegung des Reiches an industriellen Unternehmungen. Im Hauptsaal des Reichstages wurde am Dienstag der Etat des Reichsfinanzministeriums erledigt. Für die Staats-industrie wurden 470 Millionen gefordert. Der Regie-rungsvertreter erklärte dabei, daß die durch den Ausbau der bayerischen Wasserkräfte zu gewinnende elektrische Energie zur Stärkung der Staatsfiskalverwaltung verwandt werden soll. Die

